

GRÜNEN und CDU – sieht nun vor, diese Klagen zu unterstützen: „Denn ein Nuklearunfall in Belgien kann schnell auch andere Regionen in Nordrhein-Westfalen verstrahlen“, führt GAL-



Ratsfrau Dr. Didem Ozan zur Begründung an. „Die NRW-Landesregierung plant bereits vorsorglich, Jod-Tabletten für alle Schwangeren und Minderjährigen im Land zu kaufen. Diese Entwicklung ist besorgniserregend.“

Weiterer Punkt in der Resolution: Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich auf übergeordneter Ebene (Bund, Land) und in den Gremien des Deutschen Städtetags dafür einzusetzen, dass das Klageverfahren weitere Unterstützung erhält. Die Resolution wurde vom Rat einstimmig beschlossen.



Kurzzeitig besetzt waren die Häuser am Schiffahrter Damm. Die Besetzer*innen wollten damit auf den langen Leerstand aufmerksam machen.

Was sie offensichtlich nicht wussten: GRÜNE waren schon im letzten Jahr aktiv geworden. Das führte dazu, dass der Eigentümer ausfindig gemacht wurde, mittlerweile dem Bauordnungsamt ein Bauantrag des Eigentümers vorliegt und Ende des Jahres mit der Sanierung und Erweiterung begonnen wird. Im kommenden Jahr werden die Wohnungen dann bezugsfertig sein.

Helga, vielen Dank – Klaus, auf gute Zusammenarbeit!



Erneut hat es einen Wechsel in der Ratsfraktion gegeben. Helga Bennink verlässt nach langjähriger Ratsmitgliedschaft für uns GRÜNE, darunter lange Zeit im Fraktionsvorstand und auch als Fraktionssprecherin, den Rat. Auch an dieser Stelle

ein herzliches Dankeschön!

Neu im Rat ist Klaus Rosenau, langjähriges Mitglied in der BV Nord, dort als Fraktionssprecher und stellvertretender Bezirksbürgermeister aktiv.



TERMINE

28. September 2016 | 17:30 Uhr Rat

@ Festsaal, Rathaus, Prinzivalmarkt 8-9, 48143 Münster

In der Ratssitzung wird die Verwaltung u.a. den Haushalt für das Jahr 2017 einbringen.

Der Rat der Stadt Münster tagt öffentlich. Die Tagesordnung kann fünf Tage vor der Ratssitzung von der städtischen Website heruntergeladen werden:

www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/si0040.php

KONTAKT

Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster
Windthorststr.7 | 48143 Münster
Tel: 0251-8995810
ratsfraktion@gruene-muenster.de
Öffnungszeiten:
Mo. - Do. 10.00 - 17.00, Fr. 10.00 - 13.00

RAT KONKRET abonnieren

Sie können RAT KONKRET kostenlos als PDF-Datei abonnieren. E-Mail genügt:
rat.konkret@gruene-muenster.de

Impressum

Herausgeberin: Grüne Ratsfraktion Münster
Druck: CCC, Endredaktion: Claudia Dana Csiszér
V.i.S.d.P.: Thomas Marcinkowski,
c/o Fraktionsgeschäftsstelle

RAT KONKRET

Aktuelle Themen aus Münster: Bürger*innenbegehren/-entscheid | Ratssitzung 29.06.2016 | Lärmaktionsplan | Geflüchtete | Benennungsrechtssatzung | Atomkraft | Personalia

Liebe Leser*innen, am 31.8.2016 hat der Rat die Annahme des erfolgreichen Bürgerbegehrens abgelehnt. Am 6. November kommt es nun zum Bürgerentscheid über verkaufsoffene Sonntage. Wie stehen wir Grüne dazu?

In den vergangenen Jahren haben wir GRÜNE die beantragten verkaufsoffenen Sonntage für Außenstadteile wie Hilstrup, Kinderhaus und Handorf mitgetragen, um den inhabergeführten Handel zu unterstützen. Die verkaufsoffenen Sonntage im Advent wurden von uns GRÜNEN aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt.



Die Ratsentscheidungen zu den verkaufsoffenen Sonntagen fielen, teilweise in geheimer Abstimmung, meistens knapp aus. In 2015 wurde z.B. der verkaufsoffene Adventssonntag erst durch Stimmen aus der SPD-Ratsfraktion möglich, die diesen im Folgejahr dann wieder geschlossen ablehnte. Im Bündnisvertrag mit der CDU im Frühjahr 2016 haben wir der CDU nachgegeben, im Mai 2016 die Vorlage mit weiteren verkaufsoffenen Sonntagen mitgetragen. Dafür konnten wir im Rahmen der Bündnisvereinbarung zahlreiche grüne Forderungen festschreiben, die nun in den kommenden Jahren umgesetzt werden.

Wie geht es nun weiter?

Nach der Ratsentscheidung können nun die Bürger*innen selbst entscheiden, ob die Läden

geöffnet werden sollen oder nicht. Dies halten wir als basisdemokratische Partei für einen richtigen Weg. Die Argumente Pro & Contra können nun im Vorfeld des Entscheids diskutiert werden, die Betroffenen zu Wort kommen.

Und die Kosten?

Der Bürger*innenentscheid kostet rund 342.000 Euro. Das ist in der Tat viel Geld., aber Demokratie kostet Geld. In den vergangenen Jahren sind kontroverse Entscheidungen des Rates mehrmals durch einen Bürgerentscheid korrigiert worden. So wurden die Teilprivatisierung der Stadtwerke (2002) und der Bau einer Musikhalle auf dem Schlossplatz (2008) mit grüner Unterstützung abgelehnt.

Und die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte?

CDU und GRÜNE haben in ihrer Bündnisvereinbarung betont, dass verkaufsoffene Sonntage gemäß den Regelungen des Ladenschlussgesetzes NRW unterstützt werden. Werden die bislang beschlossenen Sonntage – und sei es nur teilweise – von den Verwaltungsgerichten aufgehoben, macht dies deutlich, dass sie wohl nicht im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben standen. Hier erwarten wir, dass die Verwaltung künftig Vorlagen erstellt, die rechtskonform sind und einer gerichtlichen Überprüfung standhalten.



Für Ihre grüne Ratsfraktion
Otto Reiners, Fraktionssprecher

Rat 29. Juni 2016

Die letzte Ratssitzung vor der Sommerpause hatte 55 Tagesordnungspunkte. Für die Münsteraner Bürger*innen hatten einige Beschlüsse eine wegweisende Richtung.

Nach mehr als zehn Jahren Stillstand beim Schul- und Vereinsschwimmen fasste der Rat mit Schwarz-Grün jetzt endlich einen Beschluss für ein **neues Südbad** sowie für das **Bürgerbad in Handorf** - ein wichtiger Baustein zur Sicherung der Daseinsvorsorge!

Die gezielte Ausweisung von **Flächen für die Windenergie** bedeutet einen wichtigen Meilenstein für die dringend notwendige Energiewende zum Schutz des Klimas. Auf Lärm-, Artenschutz etc. werden wir bei der konkreten Planung von Windkraftanlagen selbstverständlich achten.

Mit dem Beschluss zum **Lärmaktionsplan** sind wir beim Thema Gesundheitsschutz ein Stück weitergekommen und wollen mit ersten Vorschlägen zur Temporeduzierung die Sicherheit erhöhen.



Die **Benennungsrechtsatzung** stellt sicher, dass Haushalte mit dringendem Wohnungsbedarf überhaupt noch eine Aussicht auf eine Wohnung haben. Mit dem Instrument der Benennungsrechtsatzung kann in Notfällen Hilfe geleistet werden, wenn Bürger*innen beispielsweise nach einem Klinikaufenthalt auf Grund einer körperlichen Beeinträchtigung nicht mehr in ihre bisherige Wohnung zurückkehren können.

Und um auf den **wachsenden Bedarf an Raum an den Münsteraner Schulen** zu reagieren, haben wir die Verwaltung beauftragt, für die einzelnen Standorte Machbarkeitsstudien zu erstellen, damit eine wohnortnahe Versorgung für die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen ermöglicht wird.

Lärmaktionsplan kommt

Belastungen senken – Lärmarme Mobilität fördern

Schon bevor Details bekannt und sämtliche Bestandteile öffentlich wurden, wurde heftig um den Lärmaktionsplan gestritten. Ein zentraler Punkt: Tempo 30 in der Innenstadt. Der Oberbürgermeisterkandidat der SPD sah 2015 die Sicherheit der Stadt gefährdet, da die zusammenhängenden Tempo 30-Bereiche für längere Anfahrtszeiten sorgen würden.

Dass es so nicht sein kann, belegt ein Blick in die Straßenverkehrsordnung: Rettungsfahrzeuge dürfen selbstverständlich schneller fahren, die anderen Fahrzeuge bilden in der Mitte eine Gasse, um die schnelle Durchfahrt zu ermöglichen. Eigentlich ganz einfach. Dennoch blieb die SPD bei ihrer ablehnenden Haltung.

Wir GRÜNE konnten nun den dreijährigen Tempo 30-Modellversuch im Rahmen des Lärmaktionsplans mit der CDU vereinbaren. Ein wichtiger Beitrag für die Reduzierung von Lärmemissionen, für mehr Verkehrssicherheit und besseren Gesundheitsschutz für Bürger*innen. Was noch vor zwei Jahren kaum denkbar erschien, steht nunmehr schwarz auf weiß.

Der Lärmaktionsplan wurde öffentlich ausgelegt, vorgestellt und alle Bürger*innen konnten weitere Anregungen einreichen. Konzept des Lärmaktionsplans ist die flächendeckende Reduzierung von Straßenverkehrslärm.

Die konkreten Maßnahmen sind u.a.:

- Temporeduzierung: Mehr Tempo 30 in der Innenstadt – weniger Tempo 50.
- Lärm vermeiden: Förderung des Radverkehrs durch mehr Platz und die Förderung verkehrssparsamen Siedlungsstrukturen
- Lärm verlagern, z.B. durch Lenkung von Verkehr in Bereiche ohne Wohnnutzung

In der konkreten Umsetzung werden sich viele Vorteile ergeben: weniger Lärmemissionen, mehr Radverkehr, mehr Lebensqualität. Der Lärmaktionsplan soll voraussichtlich im Herbst nach Auswertung aller Eingaben beschlossen werden.

Schnelle Hilfe

GRÜNE fordern effektiven Schutz von **Frauen vor geschlechtsspezifischer und Kindern vor sexualisierter Gewalt – auch in Unterkünften für geflüchtete Menschen**

Auch in Münsteraner Einrichtungen laufen geflüchtete Menschen Gefahr, sexualisierte Gewalt durch mitreisende Partner*innen, Mitbewohner*innen, Personal oder ehrenamtliche Helfer*innen zu erleben. Dies trifft insbesondere vulnerable Gruppen wie Frauen, Kinder sowie Menschen, die nicht heterosexuell orientiert sind. Vor der nächsten größeren Zuweisungszeit müssen fachlich fundierte Schutzmaßnahmen für geflüchtete Menschen getroffen werden. Aufgefordert wird das Ausländer- und Sozialamt, den Schutzbedarf anzupassen: durch Wegweisungen von Tätern oder Störern in Einrichtungen, durch Schnellverfahren und „fast track“ Regelungen, durch nötige Umverteilungen von gefährdeten Personen, durch Sanktionsfreiheit für von Gewalt bedrohte Frauen, durch Aufklärung und niedrigschwelliger Beratung. Mitarbeitende in den Sozial- und Ausländerbehörden sowie das Personal in den Unterkünften für geflüchtete Menschen sollen für die Problematik sensibilisiert und entsprechend fortgebildet werden.

Geflüchtete – Runder Tisch eingerichtet

Aufgrund aktueller Abschiebungen (z.B. einer schwangeren Frau oder einer lange in Münster lebenden Familie) haben u.a. wir GRÜNE im Rat einen runden Tisch gefordert, um das gegenwärtig praktizierte Verfahren zu erörtern. Der Rat ist dem mit großer Mehrheit gefolgt. Wir GRÜNE fordern zudem von der Verwaltung, die gegenwärtigen Strukturen und Prozesse zu überdenken, um den teilweise massiven Beschwerden zu begegnen. Dabei soll auf Abschiebungen, soweit rechtlich möglich, verzichtet werden. Neben der Aufrechterhaltung einer guten Willkommenskultur muss noch stärker für eine gute Integration der Zugewanderten gesorgt werden.

Benennungsrechtssatzung für Münster

Die Münsteraner GRÜNEN haben sich stark gemacht für eine Benennungsrechtssatzung, die nun in der letzten Sitzung im Rat beschlossen wurde. Die Satzung zur Begründung kommunaler Benennungsrechte im geförderten Mietwohnungsbau kann ein Instrument sein, Menschen angesichts des überhitzten Münsteraner Wohnungsmarktes überhaupt noch mit einer Wohnung zu versorgen.

Profitieren werden – da sind wir GRÜNEN unsicher – z.B. junge Ehepaare mit Kindern, Senior*innen mit Behinderungen oder Haushalte mit besonders

schlechten Wohnverhältnissen (Schimmel und Feuchtigkeit in den Wohnräumen). Auch alleinerziehenden Frauen im Frauenhaus, Geflüchteten und älteren Menschen, die nach einem Klinikaufenthalt aufgrund körperlicher Beeinträchtigungen nicht mehr in ihrer Wohnung mit Barrieren leben können, kann die Satzung der Stadt bei der Suche nach einer Wohnung helfen.

Klar ist jedoch auch: Münster braucht mehr Wohnungen. Hier sind die Stadt, die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft in der Pflicht, dem Wohnungsmangel abzuwehren.

Tihange und Doel abschalten Rat unterstützt auf Initiative von GRÜNEN und CDU die StädteRegion Aachen gegen den Betrieb der AKWs

Die Atomkraftwerke Tihange und Doel in Belgien sorgen immer häufiger für Schlagzeilen. Nach mehreren Störfällen klagt nun die StädteRegion Aachen gegen die maroden Atomkraftwerke. Mit der jetzt vom Rat verabschiedeten Resolution „Grenzenlose Problemfälle – Unterstützung der StädteRegion Aachen gegen den Betrieb der AKWs Tihange und Doel“ – initiiert von uns

